

Wo führt das hin?

Es gibt Momente in der Politik, wo man den ganzen Bettel hinschmeissen möchte. So einen Moment habe ich jetzt.

Jacqueline Badran*

Da sitzt man tage- und nächtelang und konzipiert eine Zürcher Volksinitiative zur Erhöhung des Anteils gemeinnütziger Wohnbauträger von derzeit 25 Prozent auf 33 Prozent. Alle finden es toll, man sammelt, die Leute reissen einem beinahe den Kugelschreiber aus der Hand, und reicht ein. Daneben schreiben viele SP-Sektionen wie Winterthur bodenpolitische Positionspapiere, die alle als Hauptziel die Expansion von Wohn-Genossenschaften haben. Wir sinnieren, wie man mit raumplanerischen Mitteln Zonen für zahlbaren Wohnraum sowie die Abschöpfung von Planungsgewinnen politisch erreichen kann. Und wir feiern 100 Jahre genossenschaftlichen Wohnbau und erinnern uns ans glorreiche «Rote Zürich», dem wir die Erfolgsgeschichte der Armutsbekämpfung durch genossenschaftlichen Wohnbau zu verdanken haben. Dahinter steht die Überzeugung, dass wir keine Klassengesellschaft wollen, sondern freie und gleichgestellte Menschen, die sich ihr Leben nach ihren Vorstellungen gestalten können, mit so wenig ökonomischem Druck wie möglich. Zwingende Grundlage dafür sind zahlbare, kinder- und menschenfreundliche Lebens- und Wohnräume.

Dann aber verkaufen wir städtisches Land an der Pfingstweidstrasse, damit Luxushotels und teure Wohnungen gebaut werden können. Dies, nachdem wir 2005 durch die Bewilligung eines Gestaltungsplans mit höchster Bebauungsdichte den Eigentümern das Land um rund 80 Millionen Franken vergoldet haben. Die Eigentümerin geht drei Monate danach gegen die Stadt vor Gericht, weil sie die – um zu bauen, wie sie will, nötige – Kanalverlegung doch nicht zahlen will. Sie bekommt teilweise recht, und die SteuerzahlerInnen berappen nun mit mehreren Millionen die Kanalverlegung. Wir bauen zudem mit 80 Millionen Steuergeldern ein Tram dahin, was den Landwert nochmals um 45 Millionen steigert. Und wir werden mit viel Steuergeld das Gebiet zusätzlich infrastrukturell 'aufwerten' zu Gunsten der Eigentümerin. Obendrauf verkaufen wir städtisches Land für einen Spottpreis, damit all dies möglich wird. Wir bekommen dafür eine Kinderbe-

treuung, die wir von der Eigentümerin zu ihren Konditionen mieten können, und einen Quartierplatz. Hallo? Womit lassen wir uns denn abspesen? Welche in Luxushotels wohnenden Kinder sollen da betreut werden? Wer will schon auf einem Vorfahrtsplatz zwischen «Sheraton» und «25»-Juppi-Hotelkette auf einem Quartierplatz chillen gehen? Wie kann man angesichts dieser riesigen Planungsgewinne und unserer strategischen Ziele nicht verlangen, dass das noch nicht verplante Teilgebiet an eine Baugenossenschaft abgegeben wird, so wie wir das erfolgreich an der Manegg getan haben? Wenn das Land – unser Pfand in der Hand – nun verkauft wird, haben wir das Areal für immer verloren – irreversibel. Wie kann man nur zu so einem Landdeal, der diametral den SP-Interessen widerspricht, Ja sagen?

Dazu haben wir eine gescheiterte Mietrechtsrevision und einen heillos zerstrittenen Mieterverband, der, dadurch gelähmt, viele wichtigen Aufgaben in diesem dramatisch geänderten Umfeld nicht mehr wahrnehmen kann.

Aber das Allerschlimmste ist der Landverkauf von Sulzer an die Implemia in Winterthur. 400 000 m² an bester Lage – eine Fläche, so gross wie der Vatikan – werden für einen absurd tiefen Preis von 200 Franken pro m² verkauft, an einen der grössten Baulöwen und Vertreter des Immobilien-Finanzkapitals der Schweiz. Dies unter den Augen unserer rot-grünen Winterthurer Stadtregierung. Begründung: Man habe eben nicht 82 Millionen Franken übrig für Landkäufe. Man könne nur dort investieren, wo man Eigenbedarf habe oder besondere strategische Interessen. Wie bitte – an so viel Land hat man kein strategisches Interesse? So ein unsäglicher Quatsch. Eine so lächerlich kleine Finanzierung hätte man mit etwas gutem Willen und Überzeugung in zwei Wochen hingekriegt. Fix eine «Winterthur-Land-AG» gründen, ein Konglomerat von grossen Baugenossenschaften, gemeinnützigen Stiftungen und der Stadt (im Rahmen ihrer Kompetenzgrenze) stellt zusammen ein Eigenkapital von zehn Millionen. Der Rest wird von der ZKB fremdkapital-finanziert. Dafür haben wir ja schliesslich unsere ZKB – jedenfalls eher als für das Emitieren von Immobilien-Derivaten, oder das trickreiche Verhelfen zu Viktor Vekselbergs heimlicher unfreundlicher Übernahme der

Sulzer. In nächster Zeit werden wir erleben, dass Vekselberg eine Beteiligung an der (in Russland sehr engagierten) Implemia kauft. Darauf verwette ich mein letztes Hemd.

Was für eine verpasste Chance! Nun gehen die Gewinne an die Implemia anstatt an die BewohnerInnen und SteuerzahlerInnen von Winterthur. Nur auf dem eigenen Land kann eine Stadt wirklich bestimmen, was darauf stattfindet, wer dort wie wohnt, arbeitet und Gewerbe betreibt. Nur so kann der Boden der Spekulation und den volkswirtschaftlich schädlichen Gewinnen entzogen werden. Nur so kann gesichert werden, dass nicht Milliarden an Volkseinkommen über den Immobilienmarkt von unten nach oben umverteilt werden. Eine Implemia – da mag sie noch so häufig von «Nachhaltigkeit» schwätzen – hat nur eine einzige Logik: die Rendite zu maximieren. Das Immobilienfinanzkapital ist nicht zu zähmen. Unsere Planungsinstrumente sind schwach und lassen nur Schadensbegrenzung zu, unser Mietrecht greift nicht.

Wozu schreibt die SP ein geschwätziges Parteiprogramm und propagiert die Wirtschaftsdemokratie und sorgt dann nicht dafür, dass zumindest ein Teil des Bodens unter demokratische Kontrolle kommt? Was genau soll unter Wirtschaftsdemokratie verstanden werden, wenn nicht die Wohngenossenschaften als deren Paradebeispiel?

Was wollen wir denn eigentlich? Hinterher putzen? Das Elend sozialverträglich administrieren? Wir geben allein in der Stadt Zürich für Wohnzuschüsse an Sozialhilfe-EmpfängerInnen und AHV-IV-BezügerInnen jährlich wiederkehrend gigantische 400 Millionen Franken aus. Hallo? Die SP müsste schleunigst an die Ursache. Und was tut sie: sich selber schachtmatt setzen.

Und ich muss machtlos zusehen, wie uns die Felle davon schwimmen und wie sich die Immobilien-Finanzindustrie (erst) seit knapp zehn Jahren wie eine Krake über unseren Lebensraum und die Bodenrente hermacht – mit unserer Unterstützung.

Ich bin erzürnt, enttäuscht, frustriert und vor allem äusserst besorgt.